

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

17.1.1924 (No. 14)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachamt
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Koenig,
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 3,50 Goldmark. — Einzelnummer 12 Goldpfennig. — Anzeigengebühren 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite.

England am Vorabend einer Arbeiterregierung

Auf einem Vortragsabend der deutsch-demokratischen Partei sprach am gestrigen Mittwoch in Karlsruhe Prof. Dr. Karl Holl über dieses Thema und gab dabei der sehr zahlreich erschienenen Zuhörerschaft ein ebenso interessantes wie klar verständliches und aktuelles Bild der europäischen Gesamtlage.

Professor Holl schilderte die gegenwärtige parlamentarische und politische Situation im britischen Weltreich. Gelangt das Mißtrauensvotum der englischen Arbeiterpartei gegen die jetzige konservative Regierung Baldwin zur Annahme, wozu alle Ansichten bestehen, so wird der Führer dieser Partei, Ramsay MacDonald, mit der Kabinettbildung beauftragt werden.

Das Ergebnis der Neuwahlen entschied sich jedoch gegen diese Politik, die im weiteren Verlauf voraussichtlich einen angelsächsischen Völkerbund mit Amerika gegen den unter französischem Einfluß stehenden Völkerbund entgegen hätte.

Das wichtigste aber für uns wird die Außenpolitik des kommenden englischen Kabinetts sein, gleichviel welches Kabinett dies sein wird.

Der Vortragende zeigte im letzten Teil seiner Ausführungen, welche Weltlage jede englische Regierung augenblicklich vorfinde. Dabei wies er auf eine Entschleierung der englischen Handelskammern hin, die fordert: 1. Frankreich und Italien sollen zur Zahlung der Zinsen der Kriegsschulden an England veranlaßt werden, 2. die offizielle Anerkennung der russischen Sowjetregierung soll in die Wege geleitet werden, 3. die Beschlüsse der Reichskonferenz auf Vorschlagszettel sollen in Kraft gesetzt werden.

Zum Schluß wies der Vortragende darauf hin, daß diese Ausführungen durchaus nicht auf die Tatsache zugespielt seien, daß die Arbeiterpartei die englische Regierung übernehme, es seien Grundlinien, die von jeder neuen Regierung im Großen und Ganzen verfolgt werden müssen, die auch die jetzige schon bisher verfolgt habe.

Der Reichskanzler u. die bayerische Denkschrift

Reichskanzler Marx hat unter dem 15. Januar folgendes Schreiben an den bayerischen Gesandten in Prag gerichtet: „Die mir am 5. Januar d. J. überreichte Denkschrift der bayerischen Regierung habe ich in größter Aufmerksamkeit gelesen und sie, sobald ich in den Besitz einer ausreichenden Zahl von Abdrucken gelangt war, allen beteiligten Reichsstellen zugeleitet.“

Die englische Adressdebatte
Eine Rede MacDonalds

Im englischen Unterhaus begann am Dienstag die Adressdebatte über die englische Thronrede. Im Verlauf der Debatte erklärte MacDonald:

Die Lage Europas gleiche derjenigen vom Jahre 1912 mit rivalisierenden Armeen, einer rivalisierenden nationalstaatlichen Politik und den ungeheuren Ausgaben für destruktive Vorbereitungen. Nationen, die Alliierte seien, betrachteten einander mit halbverbogener Feindseligkeit.

Die Lage werde indessen immer ernster. Eine entschiedene, wirksamere Politik sei erforderlich. Die Aussicht auf eine Regierungsveränderung in England habe mehr dazu beigetragen, den Einfluß Großbritanniens bei den Staatsmännern auf dem Kontinent zu erhöhen, als zwölf Monate Amtsführung der letzten Regierung.

Macdonald legte dann klar, daß die Wahlen das Haus in einer eigenartigen Lage gelassen hätten. Keine Partei besitze die Mehrheit. Das Haus werde einer Lage gegenüberstehen, die es noch nie vor sich gehabt habe.

Lloyd George sagte im Namen der liberalen Partei, er hoffe, daß jede Regierung, die zur Macht gelange, die Autorität und den Einfluß sichern werde, worauf das britische Reich durch seine Macht und durch die von ihm getragenen Opfer Anspruch habe.

Darauf ergriff Baldwin das Wort. Er wies darauf hin, daß im Unterhaus drei ungleich starke Parteien vertreten wären, von denen aber keine ohne die Hilfe einer anderen regieren könne. Das einzige Mittel, um gewisse Probleme zu behandeln, bestehe darin, eine Versammlung der Vertreter der drei Parteien zusammen zu berufen, um zu untersuchen, ob eine gemeinsame Politik über diese oder jene Frage möglich sei.

Der Text des Mißtrauensvotums der Arbeiterpartei zur Adresse auf die Thronrede des Königs hat folgenden Wortlaut: „Es ist unsere Pflicht, Eurer Majestät respektvoll zu zeigen, daß Ihre gegenwärtigen Räte nicht mehr das Vertrauen des Unterhauses besitzen.“

Abstimmung voraussichtlich erst Montag
Die Konservativen ebenso wie Labour-Party wünschen die Debatte abzukürzen und am Freitag abzustimmen, dagegen dürfte es wegen des Redebedürfnisses der Liberalen dabei bleiben, daß die Entscheidung erst am Montag fällt.

Falls Montag die Entscheidung fällt, wird am Dienstag die Vertagung des Hauses bis zum 11. Februar erwartet.

Die Sachverständigen- ausschüsse

Beginn der Beratungen

Der Sachverständigenausschuss zur Prüfung der deutschen Finanzlage ist wie aus Paris gemeldet wird, Dienstag vormittag unter dem Vorsitz des Generals Dawes zu den eigentlichen Beratungen zusammengetreten. Über ihren Inhalt wird Stillschweigen bewahrt. Auch wurden keine Pressecommuniqués ausgegeben. In Pariser diplomatischen Kreisen ist man der Auffassung, daß der Sachverständigenausschuss angesichts der außerordentlichen Tatkraft seines Präsidenten seine Arbeiten bereits Ende Februar beenden wird. Kurz nach der Vernehmung Dr. Schacht und nach Zusammentritt des zweiten Ausschusses zur Klärung der deutschen Auslandsguthaben dürften sich die Sachverständigen nach Berlin begeben. Über die Fragen, die Dr. Schacht vorgelegt werden sollen, verläutet, daß es sich in erster Linie darum handle, seine Ansicht über die Frage der Schaffung einer Goldemissionsbank zu hören, die von dem Komitee als eine der ersten Voraussetzungen für eine dauernde Sanierung der deutschen Währung betrachtet wird. Darüber hinaus wird Dr. Schacht über eine Reihe technischer Fragen Auskunft zu geben haben, so insbesondere über den Status der Reichsbank, über die genaue Höhe des Notenumlaufs in Deutschland und den ungefähren Bestand der im Besitze von Banken und Privaten befindlichen ausländischen Devisen.

General Dawes

Der Mann, den die Amerikaner (vorsichtshalber nicht in amtlicher Mission) nach Paris entsandt haben, General Dawes, hat, wie ein Artikel der „Voss. Ztg.“ ausführt, nach dem Kriege das in allen Ländern unantworte und schwerwiegende Amt des Spardiktators übernehmen müssen und er hat es in einem Lande, in dem die Stellenbesetzung nach altem Brauch als eine Prüfenverteilung an die jeweiligen Regierungsangehänger galt, in kurzer Zeit fertig gebracht, den Stall zu reinigen, den Hunderte von Kriegsdiktatoren und von Seimatrone — Pöbchen mit überflüssigen oder schädlichen Kreaturen überfüllt hatten. Daß das nicht nur eine gewaltige Energie und ein großes Zielbewußtsein, sondern auch ein rücksichtsloses Vorgehen jedes überflüssigen Bürokratismus bei der Arbeit selbst erfordert, und daß er in bezug auf die neu übernommene Aufgabe besonders dem letzten Punkt das größte Gewicht beimißt, hat General Dawes gleich bei seinem ersten Auftreten gezeigt. Und er hat seine, wie ein Windstoß, in dem Milieu der Reparationsbürokraten wirkende Antikrise durch Erklärungen gegenüber der Presse ergänzt, in denen er die ganzen Statistiken, Gutachten, Rechts- und Wirtschaftsdarlegungen, Protokolle und Gegenprotokolle als „rubbish“, als Ballast bezeichnete, der für die Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands und für die Wiederherstellung gesunder Wirtschaftsverhältnisse vollkommen überflüssig ist.

Er hat dabei als einzigen Satz seines eigenen Programms aufgestellt: „Nur zu untersuchen und festzustellen, wie die Produktionsfähigkeit des heutigen Deutschland wiederhergestellt werden kann.“ Daß er dabei taktisch gewandt und konziliant vorgeht, zeigen die Wendungen seiner Rede, die der Betonung der Entente freundschaftlich gelten. Sie haben der französischen Öffentlichkeit die Worte von dem „nationalistischen Demagogen“, von den „Maskeiern“ usw. etwas schmählicher gemacht. Einmalen sucht die Pariser Presse die Sensationswirkung der ersten Rede dadurch abzumildern, daß sie auf frühere Beispiele verweist, in denen Leute mit einem Aposelglauben und der Meinung, von der Unüberwindlichkeit ihres Programms an den schwerigen Aufgaben der Befreiung Europas gescheitert seien. Das gilt gewiß von Wilson — ob es von dem General gelten wird, der mit minderen Vollmachten und mit nüchternem Geschäftssinn an seine Aufgabe herantritt, bleibt abzuwarten!

Die Reise Clives

Empfänge der Pfälzer in Speyer

Bei dem Besuch des englischen Generalkonsuls Clive waren am Mittwoch in Speyer von Bürgermeister Dr. Volmer die Vertreter der pfälzischen Städte und Gemeinden, sowie die Geistlichkeit geladen, um über die durch die Herrschaft der Separatisten in der Pfalz geschaffene Lage Bericht zu erstatten. Auch diese Besprechung ergab einwandfrei, daß die gesamte Pfälzer Bevölkerung den Separatisten (schon) ablehnend gegenüber steht und daß die separatistische Bewegung nur dadurch aufrechterhalten werden konnte, daß die französischen Besatzungsbehörden in jeder Weise diese Bewegung unterstützten. Großen Raum in der Besprechung nahm die Frage der von verschiedenen Landbürgermeistern unter Androhung von Gewalt erprehten Lokalitätserklärungen für die separatistische Regierung ein. Es wurde die Art und Weise, wie diese Lokalitätserklärungen erpreht wurden, geschildert und mitgeteilt, daß die meisten Landbürgermeister, so z. B. die im Bezirk Zweibrücken, die unter Androhung von Gewalt abgegebenen Erklärungen widerrufen haben.

Ferner empfing Clive in Speyer in Anwesenheit des Generals de Mey eine Reihe von Delegationen. Nur einige von de Mey als Vertreter der Bauernschaft ausgegebene Separatisten sprachen sich für die „autonome Pfalzregierung“ aus. Eine von der Pariser Presse verbreitete Nachricht, wonach sich die „Bauernführer“ für die Separatisten ausgesprochen haben sollen, erweist sich als ein Schwindel. Sämtliche Bauernvertreter, sogar die freie Bauernschaft, lehnen die separatistische Bewegung ab, wie ein in ihrer letzten Generalversammlung gefaßter Beschluß beweist. Danach „sollen alle Mitglieder, auch die des Vorstandes, die der separatistischen Bewegung angehören oder sich in ihre betätigen, sofort ausgeschlossen werden.“

DZ. In einer Unterredung, die der englische Generalkonsul in München, Herr Clive, mit einem Redakteur der „Neuen Badischen Landeszeitung“ in Mannheim hatte, interessierte sich Clive sehr für die Mitteilung, daß Lord Gren, Lord Curzon und Lloyd George so klar und entschieden jede Unterstützung für eine separatistische Bewegung ablehnen, die nicht eine Bewegung aus dem Volk ist. Er bestätigte, daß die Ansprache, welche die berufenen Vertreter der Pfalz am Montag mit ihm im Parkhotel gehabt haben, eine große Kundgebung gewesen sei. Er betonte ferner, daß er wünsche, die Verhältnisse ganz neutral zu untersuchen und fügte hinzu, daß die am Dienstag bei ihm erschienenen Vertreter der Städte sich sämtlich in Gegenwart der Franzosen ganz frei ausgesprochen hätten. Zum Schluß betonte er, daß er mit allen Schichten der Bevölkerung zu sprechen bemüht sein werde, jezt nach Landau, noch einmal nach Speyer, dann nach Kaiserslautern fahre, sich also die nächsten Tage in der Pfalz aufhalte, um am Freitag in Koblenz dem britischen Delegierten in der

Rheinlandkommission über seine Untersuchungen Bericht zu erstatten.

Die Stadt Speyer ist von der separatistischen Regierung mit 300 000 Goldmark Geldbuße bestraft worden, weil die separatistische Regierung noch keinen Anhaltspunkt über die Urheber der Tat auf Heinz-Orbis erhalten habe. Außerdem wurde der Stadt von den Separatisten befohlen, die Beerdigungskosten für Heinz-Orbis zu tragen mit der Begründung, daß die Stadtverwaltung noch nichts für die Ergreifung der Täter getan habe.

Die englisch-französischen Verhandlungen

Wie Gabaß mitteilt, haben die englisch-französischen Verhandlungen über die Pfalz sich nach keiner neuen Richtung entwickelt. Die englische Regierung scheint darauf zu bestehen, daß die Rheinlandkommission sich nicht, wie vorgesehen war, am Donnerstag über die von der Pfälzer Separatistenregierung erlassenen Verordnungen ausspreche. Von französischer Seite verhandelt man hierüber mit den Belgiern.

Günstige Entwicklung der Reichsfinanzen

Überschuß von 36 Millionen in der ersten Januardekade

Der Ausweis über die Finanzgebarung des Reiches in der ersten Januardekade zeigt ein erheblich günstigeres Bild als in den vorhergehenden Dekaden. Zum ersten Mal, seit langer Zeit, ist es der Reichsfinanzverwaltung möglich gewesen, ihre Ausgaben mit ihren eigenen Einnahmen zu bestreiten, ohne auf Kredite zurückzugreifen. Im einzelnen zeigt der Ausweis für die Zeit vom 1. bis 10. Januar folgendes Bild:

1. **Einnahmen:** Steuern, Zölle und Gebühren 96,4 Trillionen Mark, Einnahmen aus der Begebung von Rentenmarktschuldscheinen 1,5 Trillionen, verschiedene Verwaltungseinnahmen 1,98 Trillionen. **Summe der Einnahmen 99,92 Trillionen Mark.**

2. **Ausgaben:** Ausgaben in ausländischer Währung für die Ausführung des Friedensvertrages 0,011 Trillionen Mark, übrige Reichsverwaltung 63,91 Trillionen Mark. **Summe der Ausgaben 63,92 Trillionen Mark.**

Der Überschuß in der ersten Januardekade beträgt somit 36 Trillionen Mark (36 Millionen Goldmark).

In den Erläuterungen zu dem Ausweis heißt es u. a.: „In dem Zeitabschnitt vom 1. bis 10. Januar 1924 fallen acht Zahltage. In diesen acht Tagen betragen die Ablieferungen 99,9, die Auszahlungen 63,9 Trillionen Papiermark. Durch das Zusammenwirken erhöhter Einnahmen und geringerer Ausgaben ergibt sich ein Überschuß von 36 Trillionen Papiermark, wodurch sich der Zahlungsbetrag seit dem 16. November 1923 von rund 627 auf rund 591 Trillionen Papiermark verringert. Der tägliche Überschuß beträgt 4,5 gegenüber einem täglichen Zahlungsbetrag von 10,5 Trillionen Papiermark in der Vordekade. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der Zeitabschnitt vom 1. bis 10. Januar 1924 besonders begünstigt war, einerseits dadurch, daß in der Vordekade noch erhebliche Beträge aus der Rhein- und Ruhrabgabe eingingen und die Einnahmen auf die Brotverordnungsabgabe fällig waren, andererseits dadurch, daß in der Vordekade Besoldungszahlungen überhaupt nicht und Zuweisungen an die Länder nur in geringem Umfang zu leisten waren. Der in der Vordekade nachgewiesene Überschuß stellt etwa den dritten Teil der in der folgenden Dekade fällig werdenden Besoldungszahlungen und Steuerüberweisungen an die Länder dar.“

Politische Neuigkeiten

Die dritte Steuernotverordnung

Der Entwurf der dritten Steuernotverordnung, die innerhalb bestimmter Grenzen die Aufwertungsfrage regeln und eine Mietzinssteuer einführen sollte, ist jetzt mit erheblicher Verspätung endlich soweit fertiggestellt, daß sich das Kabinett damit befassen kann. Der ursprüngliche Entwurf hatte, wie feinerzeit gemeldet, eine zehnprozentige Besteuerung des Geldwertgewinnes bei Industrieobligationen und eine bis zu 50 Prozent der Friedensmiete steigende Belastung der Mietzinssteuer vorgesehen. Gegen diesen Entwurf hatte sich nicht nur bei den politischen Parteien und verschiedenen Interessentengruppen, sondern auch bei einer Reihe von Landesregierungen erheblicher Widerstand geltend gemacht, zumal da in der Verordnung gleichzeitig auch eine Neuregelung des Finanzausgleiches zwischen dem Reich und den Ländern geplant war. Auch zwischen den verschiedenen Ressorts der Reichsregierung bestanden erhebliche Meinungsverschiedenheiten sowohl in der Aufwertungs-, wie in der Mietzinssteuerfrage.

Die Verhandlungen zwischen den Reichsressorts auf der einen und zwischen dem Finanzminister und den Landesregierungen auf der anderen Seite haben geraume Zeit in Anspruch genommen. Sie sind jetzt abgeschlossen, und das Finanzministerium hat den Entwurf einer neuen Verordnung fertiggestellt. In der Aufwertungsfrage hat man, dem Vernehmen nach, das ursprünglich geplante generelle Aufwertungsverbot fallengelassen. Dagegen scheint noch an eine steuerliche Erfassung von Geldwertgewinnen zu denken zu sein. Das Reichskabinett wird sich vermutlich noch in dieser Woche mit dem Entwurf beschäftigen. In der nächsten Woche wird er an den Reichsrat gehen.

Der Mordplan gegen General von Seekt

Die Berliner Blätter teilen noch folgende Einzelheiten über die Verhaftung des früheren Offiziers Thormann mit, der beschuldigt wird, einen Anschlag auf den General v. Seekt vorbereitet zu haben:

Thormann kam vor einigen Tagen nach Berlin und begab sich ins Büro der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Er verlangte und erhielt dort die Adresse eines Herrn D., den er von früher her zu kennen behauptete. Er suchte Herrn D. auf, legitimierte sich durch einen Ausweis des Wilkingbundes, der dem Kapitän Ehrhardt nahe steht, und erklärte im Verlauf der Unterredung, er sei mit der Absicht nach Berlin gekommen, Herrn v. Seekt zu erledigen. D. ging zum Schein auf den Mordplan ein und versprach Thormann, einen geeigneten Mann zu stellen, der die Tat ausführen sollte. Nach der Unterredung machte Herr D. sofort dem Reichskommissar für die öffentliche Sicherheit Oberst Künzler von dem Mordplan Mitteilung. Oberst Künzler, der auch die Wintermänner Thormann fassen wollte, beauftragte Herrn D., auf den Plan zum Schein einzugehen und auch den geeigneten Mann zu stellen. Als nun bei einer neuerlichen Unterredung Herr D. Thormann den geeigneten Mann vorstellte, entwickelte Thormann seinen Plan. General von Seekt, der jeden Morgen vor Antritt seines Dienstes in einem Lasterfall zu reiten pflegt, sollte dort von dem Helfer, der zur selben Zeit im Lasterfall reiten sollte, beim Vorbeifahren aus unmittelbarer Nähe durch Revolverkugeln getötet werden. Herr D. und sein Helfer gingen zum Schein auf den Plan ein und verabredeten mit diesem, sich nach Vollendung der Tat am Montag vormittag 11 Uhr im Kaffee Josty zu treffen. Zur verabredeten

Zeit waren denn auch Thormann, Herr D. und seine Gemahlin in dem Kaffee anwesend. Anstelle des Täters erschienen jedoch Kriminalbeamte und nahmen Thormann fest.

Die gerichtliche Voruntersuchung ist eingeleitet auf Grund des republikanischen Schutzgesetzes, welches einen Paragraphen 49 b des St.G.B. vorsieht, wonach Straftaten des § 49 a St.G.B. unter besonders harte Strafen gestellt werden, wenn es sich um politische Straftaten handelt. Thormann ist den Gerichtsbehörden seit längerer Zeit als ein nicht gut beleumundetes Subjekt bekannt.

Arbeitsgemeinschaft

Unter dieser Überschrift weist die in Offenburg erscheinende Zeitschrift „Markt und Verkehr, Süddeutscher Anzeiger“ auf die Wichtigkeit der Interessengemeinschaft des deutschen Volkes hin:

„Eines der berechtigtesten Worte hat wohl der Währungskommissar und Reichsbankpräsident Dr. Schacht gesprochen, der denen entgegentrat, die meinen, sie sollten sich damit begnügen, die Betriebe so klein wie möglich zu machen und in dem alten Tempo fortzuführen wollen, das die Inflation ihnen angedungen hat. Es gehörte in der Zeit der Währungszerüttung zu den Hauptgrundsätzen manches Betriebsinhabers, den Laden zu halten und den Nachbar und Konkurrenten sich arm verkaufen zu lassen. Es war verständlich, daß man sich vor der Zerstörung seines Betriebs zu retten suchte, weil seine Möglichkeit bestand, mit dem vereinnahmten Gelde etwas anzufangen. Aber das ist ja nun anders geworden und jezt ist es Pflicht, die Betriebe wieder tätig werden zu lassen, so daß der Grundsatz: „Großer Umsatz, kleiner Nutzen“, wieder seine Bedeutung erhält. Auch das ist ein Faktor gesunder Preisbildung. Viele Existenzen mußten sich durchhalten und da der Betrieb keiner geworden war, die Existenzmittel aber benötigt wurden, so hat sich das in den Preisen wohl bemerkbar gemacht. Jezt heute ein größerer Umsatz ein, so können diese preisverwertenden Faktoren auch ausgeschaltet werden. Sie müssen das.“

Wenn aber der Umsatz sich steigern soll, so muß Kaufkraft vorhanden sein. Dadurch, daß wir ein Meer der Arbeitslosen schaffen, erhalten wir diese Kaufkraft nicht. Wer für sich und seine Familie nicht die Geldmittel hat, um die Bedürfnisse zu bestreiten, der ist nicht Konsument, wie er es sein soll und sein muß. Man liebt so viel von der Notwendigkeit der Steigerung der Produktion. Produktive Wirtschaft ist ein Erfordernis ohne Zweifel, aber die Konsumkraft darf nicht leiden oder sie muß wenigstens so gehalten sein, daß sie in der Lage ist, einen Teil der Produktion aufzunehmen.

Es ist geradezu trübselig, wie in Deutschland auseinander gearbeitet wird. Eben geht die Nachricht durch die Blätter, daß der Gewerkschaftsund der Angestellten aus der Reichsarbeitsgemeinschaft ausgetreten ist, weil er keine Möglichkeit gesehen habe, in der Arbeitsgemeinschaft für seinen Standpunkt noch etwas zu erreichen. Nun ist der Gewerkschaftsund der Angestellten kein sozialistischer Arbeitnehmerverband, sondern mehr bürgerlicher Richtung. Es sind in ihm die Arbeiter Christ-Dunderlicher Gesinnung vertreten, also jene, zu denen ein Mann wie Anton Erkelenz gehört. Er hat gesagt: Im neuen Jahre sei es eine Hauptaufgabe, den Klassenkampf des Besitzes und Proletariats abzulegen und sich auf eine wahre Volksgemeinschaft aller Bürger einzustellen. — Was ist mit dieser Volksgemeinschaft, wenn die Organisation seiner Richtung sich gewöhnen sieht, aus der Reichsarbeitsgemeinschaft auszutreten. Die Arbeitsgemeinschaft der Unternehmer- und Arbeitnehmerverbände, die im Jahre 1918 kurz vor Ausbruch der Revolution geschaffen wurde, ist als eine Tat gepriesen worden. Man hat jene Vereinbarung als die Magna Charta des deutschen Wirtschaftslebens bezeichnet und die Arbeitsgemeinschaft hat, wenn auch nicht große Erfolge erreicht, so immerhin eine Verbindung geschaffen, die notwendig und nützlich war. Die Gegenstände im Wirtschaftsleben sind scharf und es geht hart gegen hart. Aber gerade darum müssen die streitenden Teile zusammenkommen. Man hat es in Rußland gesehen, daß es nicht geht, alles auf die Wirtschaftskraft und die Intelligenz einer Klasse zu setzen und man kann das in Deutschland ebenso wissen. Der Unternehmer ist für sich allein ebensowenig in der Lage, die Wirtschaft zu halten, als der Arbeiter. Beide sind nur Glieder eines Körpers.

Wenn das neue Jahr nicht die Zusammenarbeit dieser beiden Faktoren bringen sollte, wenn sich Unternehmer und Arbeiter in beherrschter Gegenseitigkeit oder aus mißverständlichen Prinzipien sich gegenüberstellen sollten, sehen wir nicht, wie die Höchstleistung der Produktion, die wir brauchen, zu erreichen ist. Die Mehrleistung der Produktion muß Tafelrunde werden. Es bedarf aber zu ihr einer Rationalisierung der Betriebe. Was veraltet ist, muß aufgegeben werden. Jede Arbeitskraft ist dort dienlichbar zu machen, wo sie verwendbar ist. Und verwendbar mit dem höchsten Nutzeffekt. So kann es nicht weitergehen, daß jede Interessentengruppe nur sich selbst sieht. Unser Wirtschaftskörper kann nur gesund werden, wenn alles einer Idee dient und jeder den Vorteil des Ganzen will.“

Kurze Nachrichten

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, den 14. Januar, auf das 1,11 billionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1,13 Billionen) ist demnach eine Abnahme von 1,8 Prozent zu verzeichnen.

Der Hülfertrag soll einer der größten Prozesse werden, der seit langem ein Gericht in München beschäftigt. Der genaue Termin steht noch nicht fest. Drei Staatsanwälte sollen die Anklage vertreten, und den Angeklagten werden neun Verteidiger zur Seite stehen. Schon das Studium der gewaltig angewachsenen Akten stellt eine große Aufgabe dar. Auswärtige Pressevertreter, darunter auch amerikanische, haben sich bereits zum Prozesse angemeldet. Man rechnet mit einer mehrwöchentlichen Dauer der Verhandlungen.

Über die Finanzlage Sachsens machte im sächsischen Landtag Finanzminister Reinhold bei Begründung der Notenverordnung betr. die Gewerbesteuer und die Arbeitsgeberabgabe Mitteilungen. Die Hauptbelastungen stellten neben den Besoldungen augenblicklich die Erwerbslosenunterstützungen dar. Am 1. Dezember seien 300 000 Erwerbslose vorhanden gewesen. Nach der letzten Statistik gebe es 272 000. Aus dieser geringen Verminderung könne man feststellen, daß eine leichte Besserung im industriellen Leben eingetreten sei. Die sogenannte Arbeitsgeberabgabe sei nur als eine vorübergehende, nicht als eine dauernde Belastung der Arbeitgeber gedacht.

Besserung des Frankenkurses. Die durch die Ankündigung des finanziellen Sanierungsprogramms auf dem Pariser Devisenmarkt verursachte Besserung hat am Mittwoch eine scharfe Fortsetzung erfahren. Das Pfund ist von 94,81 auf 90,90, der Dollar von 22,32 auf 21,34 zurückgegangen. In Pariser politischen Kreisen glaubt man, daß das neue Steuerprogramm der Regierung in der Kammer kaum ernsthaften Widerstand finden wird. Die Besserung hat sich jezt fortgesetzt.

Badischer Landtag

Die Fraktionen des Landtages

Hielten am gestrigen Mittwoch über die Beratungsgegenstände des Landständischen Ausschusses, wie Abbaufragen usw., längere Beratungen ab. Das Plenum des Landtages soll erst in den nächsten Wochen, keinesfalls im Monat Januar noch, zusammentreten; dagegen wird sich der Landständische Ausschuss bereits in der nächsten Woche wieder versammeln.

Die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten besteht in Zukunft nicht mehr aus einer in monatlichen Raten zu zahlenden Pauschale, sondern aus Tagegeldern, deren Höhe vom Landständischen Ausschuss am vorigen Dienstag festgelegt worden ist. Dadurch wird eine wesentliche Ersparnis bei den Ausgaben für das badische Parlament erzielt. Die Tagegelde werden nur für die Sitzungstage bezahlt, ebenso für Sitzungen der Ausschüsse. Da aber das Plenum, wie oben gesagt ist, künftig nur selten zusammentritt, brauchen auch nur wenig Sitzungsgelder bezahlt zu werden. Auch die Zahl der Sitzungen der Ausschüsse vermindert sich erheblich. Auf diese Weise wird beim badischen Landtag ebenfalls ein „Abbau“ vorgenommen.

Badische Uebersicht

Gegen die Schwarzbrenner

Nachdem die Beamten des Landesfinanzamts bei der Kontrolle der Brennereien in den Ortsteilen des Ober- und Böhlerstals wiederholt bei der Bevölkerung auf Widerstand gestoßen sind, hat das Landesfinanzamt das Ministerium des Innern um polizeilichen Schutz bei der Überwachung der Brennereien ersucht. Eine solche polizeilich gesicherte Kontrollstreife fand in einer der letzten Nächte in Kappelwindel statt. Die Streife wurde ausgeführt von Beamten des Landesfinanzamts mit Unterstützung von Gendarmerie und einem größeren Aufgebot von Polizei. Bei Vornahme der Kontrolle in den einzelnen Häusern wurden große Mengen von Maische, Brennschnitzel und Branntwein beschlagnahmt, sowie eine Schwarzbrennerei aufgebrochen.

Angestelltenversicherung

Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 20. Dezember 1923 wird die Angestelltenversicherung vom 1. Januar 1924 ab auf Rentenmarkt umgestellt. Bei einer Grenze des Versicherungsalters von 40 Jahren wird der monatliche Arbeitsverdienst für die Angestelltenversicherung folgende Gehaltsklassen gebildet: Klasse A bis zu 60, B von mehr als 60 bis zu 100, C von mehr als 100 bis zu 200, D von mehr als 200 bis zu 300, E von mehr als 300 Rentenmark.

Der monatliche Beitrag beträgt in A 1.50, B 3.—, C 6.—, D 9.—, E 12.— Rentenmark. Vom 1. Januar 1924 ab werden Beitragsmarken der Angestelltenversicherung in den bisherigen Werten von den Verkaufsstellen nicht mehr abgegeben. Auch für die zurückliegende Zeit können nur Beiträge nach den neuen Vorschriften entrichtet werden. Die nicht mehr gültigen Marken der Klasse 44 bis 50 werden jedoch bei den Postämtern bis zum 31. Januar 1924 unter Anrechnung zum Hunderttausendfachen Betrag des aufgedruckten Geldwertes umgetauscht.

Auch die Leistungen der Angestelltenversicherung werden vom 1. Januar 1924 auf Rentenmarkt umgestellt. Es erhalten Ruhegeld und Rentenempfänger monatlich folgende Beträge: a) der Empfänger von Ruhegeld 30, b) der Empfänger von Witwen- oder Waißrenten 18, c) der Empfänger von Waißrenten 15 Rentenmark monatlich. Hat der Ruhegeldempfänger Kinder unter 18 Jahren, für die er auf Grund des § 56 des Versicherungsgesetzes für Angestellte einen Kinderzuschuß bezieht, so erhöht sich die Rente um monatlich 3 Rentenmark für jedes Kind.

Es wird vielleicht als unbillig empfunden werden, daß die Leistungen für alle Beitragsklassen gleich hoch bemessen sind, es ist aber damit zu rechnen, daß binnen kurzem ein Ausgleich in dem Sinne erfolgt, daß für die nach dem 1. Januar 1924 geleisteten Beiträge Steigerungsbeträge festgesetzt werden. Darauf deutet insbesondere der Umstand hin, daß die Regelung der Steigerungsbeträge einer besonderen gesetzlichen Regelung vorbehalten worden ist.

Die Auszahlung der Rentenbeträge erfolgt entweder in Rentenmark oder in einem anderen zugelassenen Zahlungsmittel zu dem für die Postanstalten gültigen Tageskurs. Auch die Invalidenversicherung wird von dem gleichen Zeitpunkt ab auf Rentenmarkt umgestellt. Zum Vergleich lassen wir die für diese Versicherung festgesetzten Beitragsbeträge und Rentenbeträge folgen:

Nach der Höhe des wöchentlichen Arbeitsverdienstes werden für diese Versicherung folgende Lohnklassen gebildet: Klasse 1 bis zu 10, Klasse 2 von mehr als 10 bis zu 15, Klasse 3 von mehr als 15 bis zu 20, Klasse 4 von mehr als 20 bis zu 25, Klasse 5 von mehr als 25 Rentenmark.

Der wöchentliche Beitrag beträgt in Lohnklasse 1 20, in Lohnklasse 2 40, in Lohnklasse 3 60, in Lohnklasse 4 80, in Lohnklasse 5 100 Rentenpennig.

Die bisher Rentenberechtigten erhalten vom 1. Januar 1924 ab folgende Beträge: a) der Empfänger einer Invaliden- oder Waißrente 18, b) der Empfänger von Witwen- oder Waißrenten 9, c) der Empfänger einer Waißrente 7 Rentenmark monatlich. Hat der Empfänger der Invalidenrente Kinder unter 18 Jahren, für die er auf Grund des § 1291 der Reichsversicherungsordnung einen Kinderzuschuß bezieht, so erhöht sich die Rente um monatlich 3 Rentenmark für jedes Kind. Auch für die Invalidenversicherung treten für die nach dem 1. Januar 1924 gestellten Anträge auf Renten Steigerungsbeträge, die ebenfalls noch nicht gesetzlich festgelegt sind.

Kommunale Rundschau

Zur Rundgebung für den Reise- und Fremdenverkehr in Karlsruhe am 18. Januar.

In den letzten Jahren hat die Organisation der Verkehrsverbände in Deutschland eine grundsätzliche Umgestaltung erfahren. Unter Mitwirkung des Reichsverkehrsministeriums wurde die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände in Berlin ins Leben gerufen, die sich hauptsächlich mit der praktischen Durchführung der Verkehrsverbände für das ganze Reich befaßt. Der Bund Deutscher Verkehrsvereine beschäftigte sich seit dieser Zeit nur noch mit allgemeinen grundsätzlichen Fragen des Verkehrs und der Verkehrsorganisation; er setzt sich ausschließlich aus den 5 großen Landesverkehrsverbänden Baden,

Württemberg, Bayern, Preußen und Sachsen zusammen, alle örtlichen Verkehrsvereine, die bis dahin ebenfalls Mitglieder des Bundes sein konnten, schieben damit gleichzeitig aus. Durch eine solche klare Abgrenzung der Tätigkeiten erhielten die Landesverkehrsverbände wesentlich erhöhte Bedeutung, da bei ihnen die Vertretung der Landesverkehrsinteressen in jenen beiden Spitzenverbänden liegt, außerdem haben sie sich und Stimme im Landesverkehrsrat erhalten. Es kam hinzu, daß die einzelnen Eisenbahnverwaltungen, die früher selbst ausgeführte Verkehrsleistungen einstellten, sich den Verkehrsverbänden überließen, die dafür in anderer Weise unterstützt werden. Der Badische Verkehrsverband hat außerdem durch Übernahme der Generalvertretung des mitteleuropäischen Reisebüros eine vertraglich festgelegte Zentralstelle für den Reiseverkehr in Baden geschaffen. Auf dem Badischen Verkehrsverband ruht somit der Schwerpunkt der regionalen Tätigkeit für das badische Land. Dabei bleibt es den Gemeinden, Verkehrsvereinen und Einzelunternehmungen, deren Selbständigkeit dadurch nicht berührt wird, überlassen, sich innerhalb des örtlichen Aufgabenbereichs je nach Bedürfnis und finanzieller Leistungsfähigkeit zu betätigen. Für das gesamte badische Land ist jedoch einheitliche Durchführung der Arbeit durch den auch amtlich als zuständige Landesorganisation für badische Verkehrsinteressen anerkannten Badischen Verkehrsverband sowie der Anschließung aller Teile an diesen und die gemeinsame Mitarbeit für ein erfolgreiches Wirken zum Besten des Wirtschaftslebens unseres Landes unerlässlich.

Verband badischer Gemeinden

Der Verband badischer Gemeinden — wie uns geschrieben wird — vor kurzem folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Verbandstätigkeit soll uneingeschränkt wieder aufgenommen werden, da die Umstellung auf Goldmark die wichtigeren Gemeindefragen in den Vordergrund gerückt und gescheiterte Maßnahmen aller Art im Gefolge hat. Auch die Feuerversicherungseinrichtung des Verbandes ist wieder in vollem Betrieb und gibt den Gemeinden Gelegenheit, ihre Beiträge in Goldmark zu versichern. Die Verbandzeitung „Die Gemeinde“ erscheint wieder monatlich und zwar erstmals im Januar.

2. Gegen den Entwurf des neuen Verteilungsgesetzes, der vom Badischen Finanzministerium ausgearbeitet worden ist, hat der Vorstand ersäufliche Bedenken, da er die Interessen der Gemeinden nicht genügend berücksichtigt. Der Regierung ist mit entsprechendem Antrag Vorlage zu erstaten.

3. Mit der beabsichtigten bedeutenden Verringerung der Zahl der Bezirksämter ist der Vorstand nicht einverstanden, weil damit keine Vereinfachung und keine Verbilligung eintritt, sondern eine erhebliche Belastung der Staatskasse, der Gemeinden und der Bevölkerung. Der Regierung und dem Landtag ist deshalb ein eingehend begründeter Antrag vorzulegen.

4. Mit Entschiedenheit wendet sich der Vorstand auch gegen die geplante Aufhebung der örtlichen Grundbesitzerämter, die sich bestens bewährt haben. Bei der Regierung sollen Vorstellungen erhoben werden.

5. Der Vorstand befaßt sich abermals mit den Befolgungsausschüssen des Reichs für die nicht vollbeschäftigten Beamten und bedauert aufs lebhafteste, daß das Reichsfinanzministerium entgegen der Bestimmung im neuen Finanzausgleichsgesetz die Zuschüsse den kleineren Gemeinden nicht bewilligt hat. Mit Befriedigung wird festgestellt, daß das badische Ministerium des Innern die Forderungen des Verbandes tatkräftig unterstützt und die Entschädigung des Reichsrats bereits angereufen hat. Durch Vermittlung des Deutschen Landgemeindetags soll abermals dem Verlangen der kleineren Gemeinden Nachdruck verliehen werden.

Schlichtungsausschussbezirk Karlsruhe. Der badische Arbeitsminister hat für den Karlsruher Schlichtungsausschussbezirk Landgerichtsdirektor Dr. Schild in Karlsruhe zum unparteiischen Vorsitzenden und die Herren Oberamtsrichter Dr. Friedrich Müller und Amtsrichter Schick, beide in Karlsruhe, sowie Stadtratsrat Glangmann in Rorzhelm zu stellvertretenden unparteiischen Vorsitzenden ernannt.

Die Mannheimer Indeziffer am 14. Januar beträgt 1157,8 Milliarden. Da am 7. Januar die Indeziffer 1169,0 Milliarden betrug, ist vom 7.—14. Januar ein Rückgang um 1 Prozent eingetreten.

Die Arbeitslosigkeit in Mannheim. In Mannheim wurden am 17. Januar gezählt: vollbeschäftigte Männer 18 717 und vollbeschäftigte Frauen 8094. Hierunter bezogen Erwerbslosenunterstützung: 11 952 Männer und 1438 Frauen. Die Zahl der Kurzarbeiter betrug 7875 männliche und 455 weibliche. Zu Notstandsarbeiten wurden 100 Personen verwendet. Die Tendenz des Arbeitsmarktes ist fest. Der Abgang wird durch den Zugang ausgeglichen.

Die Wohnkolonie in Leopoldshöhe (bei Lörrach). Die Eisenbahnverwaltung hat bekanntlich in Leopoldshöhe bei Lörrach eine große Wohnkolonie angelegt, in die bereits ein Teil der in der Schweiz wohnenden badischen Eisenbahner übergesiedelt ist. Zurzeit stehen mehr als 100 Häuser im Rohbau fertig da. Die vollständige Fertigstellung wurde von der Eisenbahnverwaltung wegen Mangel an Kapital eingestellt. Da durch die Stabilisierung der Währung es für die Verwaltung billiger kommt, wenn sie einen Teil ihres Personals in Basel wohnen läßt, so verläutet, daß die Eisenbahnverwaltung diese Neubauten in Leopoldshöhe zu verkaufen beabsichtigt. Hierdurch würde die Wohnungsnot im Wesentlichen eine ganz wesentliche Besserung erfahren.

Mit dem Rückgang des Fremdenverkehrs in Bayern und der starken wirtschaftlichen Schwächung, die München dadurch erleidet, befaßt sich der Münchner Stadtrat. Er nahm einen Antrag an, der eine Verbesserung der internationalen Verkehrsbedingungen, namentlich durch Wiederherstellung der früheren guten Brenner-Verbindungen, ferner die Befreiung der Aufenthaltsbeschränkungen für Ausländer und eine Erleichterung des Grenzverkehrs zwischen Bayern einerseits, Tirol und dem Salzammergut andererseits durch entgegenkommende Behandlung der Passvordrucke verlangt. In der Erörterung wurden als schuldig an der Verschlechterung des Fremdenverkehrs die allgemeine Politik in Bayern, die zurzeit für die Fremden ungünstigen Währungsverhältnisse und die polizeilichen Bestimmungen angeführt.

Aus der Landeshauptstadt

Reichsgründungsfeier in den Schulen. Das badische Unterrichtsministerium hat angeordnet, daß am 18. Januar nach Schluß des Unterrichts vormittags 11 Uhr in einer kurzen Ansprache die Schüler auf die Bedeutung des Reichsgründungstags hingewiesen werden. Die weitere Ausgestaltung der kleinen Feier bleibt den Schulleitern überlassen. Von 11 Uhr ab fällt der Unterricht an diesem Tage aus.

Fernsprech- und Telegrammverkehr nach der Pfalz. Da vermutlich der Fernsprech- und Telegrammverkehr des unbesetzten Gebietes mit der Pfalz von den Separatisten überwacht wird, empfiehlt es sich, bei Gesprächen und Telegrammen nach der Pfalz die größte Vorsicht zu üben.

Zur Bekämpfung der Schnakenplage. Die Bekämpfung der Schnakenplage muß bekanntlich schon im Januar einsetzen. Es empfiehlt sich daher, daß in den Kellern, Schuppen, Ställen usw. die überwinternden Schnaken durch Abtrennen oder in sonstiger Weise bekämpft werden, damit im Sommer die Plage nicht überhand nimmt.

ep. Abschiedsfeier im Evangelischen Oberkirchenrat. Anlässlich der Zurücksetzung des Geh. Oberkirchenrat a. D. Schenk und des Prälaten D. Schmittbener fand am Dienstag morgen in dem geschmückten Bibliotheksaal des Oberkirchenratsgebäudes eine Abschiedsfeier statt. Das Oberkirchenratskollegium und die Beamtenschaft der Oberkirchenbehörde hatten sich vollzählig dazu eingefunden. Kirchenpräsident D. Dr. Rudow entbot den beiden Herren, die zufolge der staatlichen Abbaubestimmung aus dem Amte scheiden müssen, mit tiefbewegtem Herzen einen Abschiedsgruß. Er schilderte die Arbeitsfülle der 31 Jahre, in denen Geheimrat D. Schenk seines Amtes gemanagt hat. Anknüpfend an die ersten Beziehungen, die sich vor 32 Jahren zwischen ihm und dem damaligen Pfarrer in Freiburg in schweren Stunden gebildet haben, hob er die Glaubensstärke, den sittlichen Ernst hervor, mit denen sich D. Schmittbener der großen Aufgaben der Prälatatur unterzog. Namens der Beamtenschaft sprach Finanzamtmann Wals, Geheimrat D. Schenk dankte: Alles Abschiednehmen ist überaus schmerzhaft, zum Abschied vom Amte fügt sich auch der von den in langjähriger Arbeitsgemeinschaft verbundenen Amtsgenossen. Die einheitliche Geschlossenheit war seit alters ein Kennzeichen der Arbeitsgemeinschaft im Evangelischen Oberkirchenrat. Nun sprach noch Prälat D. Schmittbener ein Abschiedswort. Er gedachte auch der heimgegangenen oder im Ruhestand befindlichen Mitarbeiter; viel persönliches Vertrauen und Freundschaft sei im Laufe seiner Prälatenzeit ihm zuteil geworden. Zum Schluß knüpfte er an das Wort auf dem goldenen Prälatenkreuz: Ihr seid Gottes Mitarbeiter! an: die Verantwortung vor einer großen Sache und dem größten Herrn muß alle Mitarbeiter an der Leitung der Kirche miteinander verbinden.

Bad. Landesbühnen. Anlässlich der am Samstag, den 10. stattfindenden Neueinstudierung von Mozarts Oper „Titus“, die nach 47 Jahren hier wieder erscheint, dürfte es von Interesse sein, über die Entstehungsgeschichte des Werkes und die hier zum erstenmal zugrunde gelegte textliche Neubearbeitung näheres zu erfahren. Um für die Königströmung in Prag (6. September 1791) den „Titus“ komponieren zu können, unterbrach Mozart die Arbeit an der „Zauberflöte“. Er schrieb die Hauptnummer des neuen Werkes auf seiner zweiten Reise nach Prag, die aber in jeder Hinsicht anders ausfiel als die von Eduard Wärfle verherrlichte erste. Im Reisewagen wurde skizziert und das Begonnene abends, ja sogar nachts vollendet. So war bereits ein großer Teil des „Titus“ fertig, als Mozart in Prag anlangte. Stoff und Handlung der Oper waren dem damaligen Publikum bekannt, denn es war die schon mehrmals komponierte Dichtung Metastasio, die den Verrat des jugendlichen Sextus an seinem kaiserlichen Freunde Titus zum Kernpunkt hatte. Metastasio, die Tochter des durch Titus Vater Beposian entronnenen römischen Kaisers Vitellius, liebt den Titus, glaubt sich verschmäht und sinnt auf Rache. Die Leidenschaft des für sie entbrannten Sextus kommt ihren Absichten entgegen und sie beredet ihn, Titus zu ermorden. Im letzten Augenblick jedoch scheidet Sextus vor der Tat zurück, aber schon schlendern, ohne sein Zutun, die Mitverschworbenen die Brandfackeln ins Kapitol. Mit dem Rufe: „Schützt ihn, ihr großen Götter!“ stürzt er nach Titus Palast, um, wie er sagt, den Kaiser zu retten. Umso peinlicher ist ihm übertrastet, im zweiten Akt von ihm zu hören, daß er dennoch den Mordstahl auf Titus gezückt hat. Die zweimalige Sinnesänderung des Sextus (die eine sogar hinter den Kulissen) war der Grund, warum er nicht tragisch wirken konnte. Die Rudolfspische Neubearbeitung hat die Tragik des alten Textbuches zu beheben versucht, sie hat sich ferner angelegen sein lassen, das äußerlich kuriosehafte der Metastasio zu mildern und den weidlichen Titus etwas zu straffen. Die vielen Verwandlungen innerhalb der Akte sind gefallen, so daß sich die Handlung nimmer in einem Zuge vollzieht. In dieser neuen Fassung errang das Werk in Mannheim einen außergewöhnlich starken Erfolg.

Konzert Frau von Ernst. Frau von Ernst gibt am Mittwoch, den 18. ds. Mts., abends 1/8 Uhr im Eintrachtsaal mit ihren Meisterkinderinnen ein Konzert mit besonders ausserordentlichem Programm. Die Begleitung wird Frau von Ernst selbst übernehmen. Die geschäftliche Leitung des Konzerts besorgt Musikhandlung Fr. Doert.

Kurze Nachrichten aus Baden

Einigung in der oberbadischen Textilindustrie. Durch Schiedsprüche der Schlichtungsausschüsse war den Textilarbeitern Oberbadens eine kleine Lohnerhöhung zugestanden worden. Diese Schiedsprüche bildeten jetzt den Gegenstand von Verhandlungen vor dem Freiburger Landeskommissar. Dabei kam es zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Einigung und zwar soll das neue Lohnabkommen für ganz Baden Geltung haben. Für 19jährige männliche Textilarbeiter und für weibliche bis zu 20 Jahren ist der Stundenlohn um 2 Pfennige erhöht worden. Auch die Affordarbeiterlöhne sind etwas erhöht. Über die Arbeitszeit in der Textilindustrie soll nächstens ein Abkommen für ganz Baden abgeschlossen werden.

DZ. Angeahnte Schätze des Schwarzwaldes. Nach den Untersuchungen des Professors Engler soll das Granitgestein des Schwarzwaldes 20 000 Kilogramm Radium enthalten. Bekanntlich ist der Ausgangspunkt der Radiumgewinnung in den Uranerzen zu suchen, die in bestimmten Mengen sich im Granit vorfinden. Die Radiumschätze können jedoch nicht gehoben werden, weil sie zu tief liegen sollen.

DZ. Mannheim, 16. Jan. Der Mitbegründer der elektrotechnischen Fabrik Bischoff u. Henkel, Direktor Walter Henkel, ist gestern im Alter von 54 Jahren gestorben. Auch die Badische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft zählt Direktor Henkel zu ihren Mitbegründern.

Heidelberg, 16. Jan. Mit dem Einsetzen der Schneefälle und der großen Kälte haben besonders unsere Vogelwelt und das Wild viel zu leiden. Wie aus dem Redaktionsbericht wird, ist daher auch durch die Kälte und den hohen Schnee viel Wild eingegangen. Häufig werden verhungerte Tiere gefunden.

DZ. Offenburg, 16. Jan. Bei der Zurücknahme der Ausweisungen haben sich in anerkennender Weise die Herren Erzbischof Dr. Karl Freis in Freiburg und der päpstliche Delegat Monsignore Testa in Offen bezeugt. Sie selbst haben mit dem Kommandanten des Bräutigamspostes in Offen die Anwesenheit Verhandlungen darüber gehabt.

DZ. Kusgen, 15. Jan. Der Vorstand des Wingervereins hat am Sonntag einen Antrag eingebracht, der von der Vollversammlung einstimmig genehmigt wurde. Danach soll im Mai eine große Weinernteabgabe abgehalten werden. Die Nachfrage nach altem und neuem Wein soll ziemlich stark sein. Dem Wingerverein sollen Aufträge für Wein zu 70—80 Mark pro Hektoliter vorliegen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	17. Januar		18. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdamm	1 581 088	1 588 962 ¹⁰	1 581 088	1 588 962 ¹⁰
Kopenhagen	736 155	739 845	736 155	739 845
Stuttart	186 034	188 966	185 530	188 470
London	17 955 000	18 545 750 ¹⁰	17 955 000	18 545 750 ¹⁰
Reims	4 189 500	4 210 500 ¹⁰	4 189 500	4 210 500 ¹⁰
Paris	198 004	199 966	193 515	194 485
Schweiz	731 667	735 383	736 654	740 346
Bras	123 690	124 310	123 450	124 060
Wien (100 Kronen)	59 870	60 150	59 850	60 150

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Mündelgelder und als wertbeständige Effekten sind zugelassen:

Letzter Kurs: (in Millionen Mark)	
5% Badische Kohlenwert-Anleihe	12
6% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	10
5% Rhein-Main-Donau-Geld-Anleihe	2,5
7% Reichsanleihe	2,5
5% Preussische Kalk-Anleihe pro 100 kg	3
5% Sächsische Roggen-Anleihe pro Str.	—
5% Süddeutsche Festwert-Anleihe	2
Dollarobligationen des Deutschen Reichs	4,2
Geldanleihe d. Deutschen Reichs	4,2

Ferner nennen wir noch die nicht mündelgerechten wertbeständigen Anleihe Preudenberg Carl, 5% G. m. b. H., Leberfabrik Weinheim . . . ca. 1 Million

Aktive Handelsbilanz auch im November. Die deutsche Handelsbilanz war auch im November aktiv. Nach den Mitteilungen des Statistischen Reichsamts betrug die Einfuhr insgesamt 485,7 Millionen Goldmark, die Ausfuhr 514,4 Millionen Goldmark, wobei allerdings hervorzuheben ist, daß die Statistik über den deutschen Außenhandel noch immer darunter leidet, daß durch die Vertreibung der Zollbeamten aus dem besetzten Gebiet der Außenhandel hier nicht ständig erfasst wird.

Die Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag des 15. Januar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts beträgt 119,8 und zeigt somit gegenüber dem Stande vom 8. Januar (119,7) keine wesentliche Veränderung. Die Indexziffer der Hauptgruppe beträgt für Lebensmittel 106,9 (am 8. Januar ebenfalls 106,9), davon Gruppe Getreide und Kartoffeln 84,9 (84,2), Industriestoffe 143,9, davon die Gruppe Kohlen und Eisen 140 (140,2). Ferner Auslandswaren 111,4 (117,7), Einfuhrwaren 161,9 (160).

Schwacher Depositionsengang bei den Banken. Die Direktion der Commerz- und Privatbank macht in ihrem Wochenbericht einige interessante Mitteilungen über die Börsenlage und im Zusammenhang damit über die Gestaltung des Depositionsgeschäfts. Danach sind die bisherigen Zustände an Depositionen bei den Banken noch sehr schwach und reichen auch nicht annähernd aus, um das allgemeine Kreditbedürfnis zu befriedigen. Infolgedessen sind viele Privatleute zum Zwecke einer Ausnutzung der hohen Zinsen dazu übergegangen, ihre Effekten zu verkaufen und den Erlös nachstehenden Unternehmungen in Form von Krediten zur Verfügung zu stellen.

Karlsruher Produktbörse. Bei starkem Besuch bleibt das Geschäft still. Das Angebot ist härter, während der Konsum nur zögernd eintritt. Am Weizenmarkt überwiegen Geschäfte in französischen Marken. Als nur teilweise bewilligte Forderungen können genannt werden: Weizen 21¼—21½ Goldmark, Roggen 16¼—17, Gerste 19¼—20, Hafer 14,50—15,25, Mais 19,25—19,75, Weizenmehl, Mühlenerforderung 31, zweit-händig entsprechend billiger, französisches Weizenmehl 28½ bis 29 Goldmark, Roggenmehl 25¼—26, Mele je nach Fabrikat 9—11.

Badischer Handel. Wie die Direktion der Schwarzwaldbetriebe in Donaueschingen mitteilt, erfährt das Unternehmen in Donaueschingen zunächst dadurch eine Belebung, daß jetzt in Donaueschingen der Zentralpunkt für den Verkauf der landwirtschaftlichen Fabrikate im Schwarzwald und Seekreis errichtet wurde. Auch die Mannheimer Firma wird in Donaueschingen ein großes Lager landwirtschaftlicher Maschinen unterhalten.

Vom Weinmarkt. Am östlichen Kaiserstuhl hatten die Weinpreise mit Beginn dieses Jahres ungefähr die Höhe der Vorkriegspreise erreicht. Für 1923 betrug das Angebot pro Obm (150 Liter) 40—50 Mark, für den 1923er (Neuen) 50 bis 55 Mark. Anfang Dezember vorigen Jahres wurde für ein Obm 80—90 Mark für Reizen gefordert. Es wird allerdings bezweifelt, daß damals Verkäufe zustande gekommen sind. Jetzt ist der Umsatz im Weingebiet nicht groß, da nur der Wein abgibt, der unbedingt Geld zu irgendwelchen Verpflichtungen braucht.

Verschiedenes.

Eine deutsche Entdeckung wertvoller als die ganze Reparationssumme.

Der Oxford Biologe, Julian Huxley, schreibt in einem Überblick über die Fortschritte seiner Wissenschaft in dem abgelaufenen Jahr im „Daily Herald“: „Die deutsche Entdeckung einer chemischen Substanz, Beher 206, welche die Schlafkrankheit heilt, ist ein weiterer und höchst wichtiger Schritt vorwärts, um die Tropen benutzbar zu machen. Diese eine Entdeckung ist für alle Nationen mit tropischen Besitzungen von solcher Wichtigkeit, daß sie auf einen Schlag ins helle Licht rückt, wie verdreht es auch ist, eine große, wissenschaftliche Nation wie Deutschland in eine solche Notlage zu bringen, daß es ihr immer schwerer wird, ihre wissenschaftlichen Forschungen fortzusetzen. Diese Entdeckung wird wahrscheinlich schließlich für die Allierten finanziell weit wertvoller sein als die ganze Reparationssumme, die sie ursprünglich forderten.“

Der Minister wird Minister.

Der frühere württembergische Ernährungsminister Baumann hat sich seit einiger Zeit im katholischen Konvikt in Mottenburg a. N. auf, um sich auf den geistlichen Beruf vorzubereiten, nachdem er einen Teil seines geistlichen Studiums zuvor schon in einer bayerischen Anstalt absolviert hatte. Baumann, von Beruf Eisenbahnbeamter und langjähriger Landtagsabgeordneter der württembergischen nationalliberalen Partei, trat 1919 der Deutschen demokratischen Partei bei und übernahm das Ernährungsministerium, das er 1921 in die Hände von Minister Schall abgab. Er war nie verheiratet.

Freie Aussprache

Die wichtigsten unter dieser, vom Obigen redaktionellen Teil abgeleiteten Rubrik beachtenswerten Darlegungen und Anregungen aus allen Kreisen, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich bewegt sich diese Aussprache außerhalb der politischen Verantwortung der Redaktion.

Auf die Auslassungen des Herrn Bürgermeisters Grieser in Miebern a. Sand in der Karlsruher Zeitung vom 2. Januar Nr. 1 ist wohl die Frage gestattet, ob er glaubt, daß alle Landwirte und selbständigen Handwerker „welche nicht ganz unbeschäftigt über den Achtstundentag der Beamten schimpfen“, das ganze Jahr hindurch, d. h. an 300 Tagen sich Tag für Tag einer „10—12stündigen täglichen Arbeitszeit“ befleißigen und ob die Leistung auch dieser Arbeitszeit entspricht. Es dürfte doch wohl mancher selbständige Handwerker gerade heutzutage gar keine Aufträge haben, um 10—12 Stunden zu arbeiten und es gibt bekanntlich auch bei den Handwerkern Leute, welche nur mit dem „Maule arbeiten“, d. h. nur von ihrer vielern Arbeit leben, in Wirklichkeit aber nichts schaffen. Gerade diese sind es, welche über Andere schimpfen.

Der ruhige, anständige Arbeiter, ob Handwerker, Landwirt oder Beamter, tut seine Pflicht und Schulpflicht, d. h. er arbeitet so viel er kann, schon um sich und seine Familie recht und schlecht durchzubringen.

Es sollte doch auch dem Herrn Bürgermeister bekannt sein, daß es, wie in jedem Betrieb und Geschäft, so auch bei allen amtlichen Dienststellen Zeiten gibt, in welchen sehr viel und wieder andere, in welchen weniger, ja sogar fast „nichts“ zu tun ist. Eine gleichmäßige Verteilung der Arbeit auf alle 300 Arbeitstage im Jahr ist nie und nirgends möglich. Der Landwirt hat im Sommer Hochbetrieb, der Maurer muß bei starkem Frost feiern. Mancher Handwerker ist tagelang gezwungen, die Arbeit ruhen zu lassen, weil ihm die Rohstoffe ausgegangen oder noch nicht eingetroffen sind usw. Viele haben auch namentlich heutzutage „dauernden Geschäftsekel“ und schaffen nur das Allernötigste oder lassen sich am liebsten als „Erwerbslose“ eintragen.

H. Günther, Forstmeister, Rheinbischofsheim.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Die Beiträge für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung.

Zur Deckung des Geldbedarfs der badischen landwirtschaftlichen Berufsvereine im Jahre 1924 hat der Vorstand eine Umlage von 1,45 Goldmark, zur Ergänzung des Reservefonds eine solche von 0,05 und zur allmählichen Wiederansammlung eines neuen Reservefonds eine solche von 0,5 Goldmark, zusammen von 1,95 Goldmark

Eine Goldmark 80 Pf.

von 100 Mark Arbeitswert festgesetzt, wobei der Berechnung der Arbeitswerte die im Jahre 1914 geltenden durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste zugrunde gelegt werden.

Das Verhältnis der Goldmark zur Papiermark richtet sich nach dem im Zeitpunkt der Fälligkeit geltenden Goldumrechnungskurs für die Reichssteuer. Bei verspäteter Zahlung sind 5 v. H. als Verzugszinsen zu entrichten.

Gemäß § 57 der Verordnung vom 31. Dezember 1912, den Vollzug der Reichsversicherungsordnung hinsichtlich der Versicherungsbeiträge und der Unfallversicherung betr. (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 479) bringen wir dies zur öffentlichen Kenntnis.

Karlsruhe, den 11. Januar 1924.

Badischer Landesversicherungsamt.

K r e m s.

Auf Grund der §§ 149 ff. A. V. O. wird der ortsübliche Tagesentgelt gewöhnlicher Tagearbeiter (Crisislohn) mit Wirkung vom 1. Januar 1924 festgesetzt wie folgt:

Im Bezirk der Versicherungs- ämter oder Gemeinden:	für männliche Personen		für weibliche Personen			
	über 21 J.	von 16 bis 21 J.	über 21 J.	von 16 bis 21 J.		
Goldmark						
1. Achern, Bretten Bühl	2,80	2,50	1,60	1,80	1,60	1,00
2. Bruchsal, Ettlingen, Ra- statt und Landgemein- den Baden, Durlach, Karlsruhe, Pforzheim	3,00	2,50	1,60	2,00	1,80	1,20
3. Stadtgemeinden: Baden, Durlach, Karlsruhe, Pforzheim	3,50	3,00	2,00	2,50	2,00	1,40

Beiträge und Leistungen, die sich auf die Ortslöhne gründen, sind bei Bezahlung in Papiermark nach dem amtlichen Wechselkurs des Dollars umzurechnen.

Karlsruhe, den 7. Januar 1924.

Bad. Oberversicherungsamt.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Befördert:

Verwaltungsobersekretär Wilhelm Weber beim Bezirksamt Bühl zu jenem in Mannheim.

In den einstweiligen Ruhestand befördert:

Gausmeister Julius Vogt beim Ministerium des Innern.

Zurückgesetzt auf Ansuchen:

Verwaltungsoberinspektor Karl Liebe beim Bezirksamt Karlsruhe, Verwaltungsoberinspektor August Greuter beim Bezirksamt Heidelberg.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Befördert:

dem emeritierten planmäßigen außerordentlichen Professor für chirurgische Orthopädie Dr. Alexander Mitsch an der Universität Freiburg die Amtsbezeichnung ordentlicher Honorarprofessor.

Reichs-Gründungs-Fest

der badischen Regierung

Freitag, den 18. Januar 1924, abends 8 Uhr, im großen Festhallsaal unter Mitwirkung des Landestheater-Orchesters (Leitung: Operndirektor Cortolozis).

Vortragsfolge:

1. Egmont-Ouvertüre von Beethoven.
2. Festansprache: Fritz von Unruh.
3. Leonoren-Ouvertüre Nr. 3 von Beethoven.

*

Die gesamte Bevölkerung der Landeshauptstadt Karlsruhe wird zur Teilnahme an der Feier eingeladen. Eintritt unentgeltlich.

Das Staatsministerium.

Holzverkauf
des hiesigen Forstamts
Heidelberg am Mittwoch, den
28. Januar 1924, vormittags
9 Uhr, im Nebenzimmer
des Ausschritts der Brauerei

klein, Hauptstraße 115,
in Heidelberg. Das Holz
eignet sich größtenteils für
Handwerker. Aus dem
Kamerawald bei Biegl-
hausen: 46 Eichen III. bis

VI, 30 Buchen II.—IV.,
87 Birken IV.—VI., 303
Lärchen IV.—VI., 9 Erlen
V.—VI., 132 Fichten IV.
bis VI., 92 Föhren- und
Fichtenabfälle, 1400 Bau-

stangen u. 520 Raumpfähle,
ferner 19 St. Buchennut-
schichtholz und 141 St. E-
chenschichtholz, als Gerbstoff
geeignet. Auszüge gegen 50
Pfg. durch das Forstamt.

Fritz G. Braun, Karlsruhe.

Wohnhaus u. Fabrikgebäude

letzteres für Tabakfabrikation geeignet
gegen Goldmark zu kaufen gesucht.

Gegend Heidelberg-Karlsruhe bevorzugt.

Angebote mit äußerstem Preis sind unter D. 24 an die Expedition der Karlsruher Zeitung zu richten.

Badisches Landestheater.

Freitag, 18. Jan. 7 b. g. ¼ 10 Uhr. Sp. 1.420 M.

Abonnement B 11.

Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1601—1900 und 4301—4500.

Nebeneinander.

Badische Lichtspiele.

Donnerstag, den 17. Januar 1924

8 Uhr abends

D. 80

letzte Vorführung

Das Wunder des Schneeschuhs

Vorverkauf Musikhaus Müller, Kaiserstraße
Konzertthaus ist geheizt

Zwangsvorführung

Freitag, den 18. Januar

1924, nachmittags 2 Uhr,

werde ich in Karlsruhe im

Pfandlokal, Steinstraße 23,

gegen bare Zahlung im

Vollstreckungswege öffentlich

versteigern:

1 Büfett, 1 Buch Goethe,

Schulbücher, Briefsteller, Wör-

terbücher.

Karlsruhe, 16. Jan. 1924.

Grether, Gerichtsbüchler.

Metallbetten

Stahlmatt., Kinderbett., div. etc.

an Private, Katalog 78 R frei.

Eisenmöbelfabrik Süßl (Zürich).